



Neufassung Nr. VII-A-00433-NF-03

Status: öffentlich

Eingereicht von
Fraktion DIE LINKE

Betreff:
Fachkräfteoffensive für soziale Berufe in Leipzig

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung

25.03.2020

Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Leipzig erstellt auf Basis einer Personalbedarfsprognose für die kommenden zehn Jahre ein Positionspapier für die Staatsregierung, um die Probleme aufzuzeigen, die auf Ebene des Freistaates gelöst werden müssen. Das Positionspapier wird **gemeinsam mit Freien Träger erarbeitet**. Das abgestimmte, gemeinsame Positionspapier der Stadt Leipzig mit den Freien Trägern wird der Staatsregierung übergeben.
2. **Die Stadt prüft die Realisierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Fachkräften sozialer Berufe (z. B. Umsetzung von Trainee Konzepten für alle leistungserbringenden Träger, Einstellungen mit zeitlichem Vorlauf zum tatsächliche Bedarf, Jobticket auch für Freie Träger, Unterstützung bei der Wohnungssuche, Förderung der Gesunderhaltung und Prävention für soziale Berufsgruppen, Offensive Karriereberatung: Aufzeigen der Möglichkeiten zur Weiterentwicklung innerhalb des Berufsfeldes, Förderung von Trägerkonzepten, die auf Diversität setzen, Prüfung eines Konzeptes zum „Blended Learning für soziale Berufe“, Unterstützung von Social Media-Strategien in der Sozialwirtschaft und die Etablierung einer Förderrichtlinie für berufsbegleitende Ausbildung im Bereich der sozialen Arbeit nach Vorbild der Regelung in der Fachförderrichtlinie Erzieherausbildung für Kita in freier Trägerschaft. Die Ergebnisse der Prüfungen werden dem Jugendhilfeausschuss bis zum 4. Quartal 2020 vorgelegt und die Maßnahmen zur Umsetzung dort zur Diskussion gestellt.**
3. Die Stadt Leipzig entwickelt eine Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften in den sozialen Berufen.

Begründung:

Die Stadtverwaltung übernimmt in ihrem Verwaltungsstandpunkt weitestgehend den Antrag der Linksfraktion. Der Antragstellerin ist wichtig, dass bei der Formulierung des Forderungskataloges an die Landesregierung die Gremien der Freien Träger intensiv mit einbezogen werden. Zudem sollen mit dem Punkt 2 Maßnahmen angeregt werden, die die Kommune zur Verbesserung der Attraktivität sozialer Beruf selbst ergreifen kann. Die Antragstellerin übernimmt in der 2. Neufassung die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Leipzig (AGW) zur Personalfindung und Personalbindung, die die Stadt Leipzig unmittelbar umsetzen kann.